

12. 08. 85

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

über die Plenarsitzung der Nordatlantischen Versammlung am 20. Mai 1985 in Stuttgart

Die Nordatlantische Versammlung hielt ihre Frühjahrskonferenz, zu der die Präsidenten des Deutschen Bundestages und Bundesrates eingeladen hatten, vom 17. bis 20. Mai 1985 in Stuttgart ab. Bundestag und Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Bundestag:

Abg. Prof. Dr. Abelein (CDU/CSU),
Leiter der Delegation
Abg. Biehle (CDU/CSU)
Abg. Dr. Corterier (SPD)
Abg. Francke (Hamburg) (CDU/CSU)
Abg. Gansel (SPD)
Abg. Horn (SPD)
Abg. Dr. Hupka (CDU/CSU)
Abg. Ibrügger (SPD)
Abg. Jungmann (SPD)
Abg. Dr. Kansy (CDU/CSU)
Abg. Kolbow (SPD)
Abg. Frau Krone-Appuhn (CDU/CSU)
Abg. Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)
Abg. Lange (DIE GRÜNEN)
Abg. Petersen (CDU/CSU)
Abg. Ronneburger (FDP)
Abg. Frau Simonis (SPD)
Abg. Voigt (Frankfurt) (SPD)
Abg. Dr. von Wartenberg (CDU/CSU)
Abg. Weiß (CDU/CSU)
Abg. Würtz (SPD)

Bundesrat:

Minister Dr. Eyrich (CDU) (Baden-Württemberg)
Staatsminister Schmidhuber (CSU) (Bayern)
Senator Kröning (SPD) (Bremen)
Bürgermeister Pawelczyk (SPD) (Hamburg), stellv.
Leiter der Delegation
Minister Dr. Günther (SPD) (Hessen)

Minister Dr. Möcklinghoff (CDU) (Niedersachsen)
Minister Dr. Hahn (SPD) (Saarland)
Minister Claussen (CDU) (Schleswig-Holstein)

Am 20. Mai 1985 fand die Plenarsitzung mit Aussprache über das Thema „Wirtschaftsbeziehungen und Sicherheit des Bündnisses“ statt. Der Versammlung lag der Entwurf einer Entschließung betr. die wirtschaftliche Interdependenz und die atlantische Sicherheit des Generalberichterstatters des Wirtschaftsausschusses, Abg. **Dr. von Wartenberg** (Bundesrepublik Deutschland), vor.

Der Präsident des Landtages von Baden-Württemberg, **Erich Schneider**, MdL, hob in seiner Begrüßungsansprache die enge Bindung dieses Bundeslandes mit seinen europäischen Nachbarn hervor. Baden-Württemberg sei stets überzeugt gewesen, die großen Aufgaben nur in Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn lösen zu können. Dem Schutzschild der NATO verdanke auch die Bevölkerung von Baden-Württemberg Frieden und Freiheit. Der Präsident wünschte den Beratungen besten Erfolg, damit die **Menschen** in den Staaten des Bündnisses auch in Zukunft als freie Bürger leben könnten.

Der Präsident des Bundesrates und Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, **Dr. h. c. Lothar Späth**, hob die wirtschaftliche Rolle seines Landes hervor und unterstrich die Stellung des Bundesrates als einer Klammer zwischen Bund und Ländern, die eine rege politische Zusammenarbeit bei der Willensbildung auf Bundesebene verwirkliche. Mit Blick auf die in breiten Schichten der Bevölkerung geführten Erörterungen und Auseinandersetzungen über die politische und militärische Situation des Bündnisses komme der Überzeugungsarbeit in den Parlamenten und der Zusammenarbeit innerhalb der Allianz auf möglichst breiter Basis eine große Bedeutung zu. Das Thema der Plenarde-

batte verdeutliche, daß sich die Zusammenarbeit im Bündnis nicht auf den militärischen Bereich beschränken dürfe. Der Bundesratspräsident verwies auf Art. 2 des Nordatlantikvertrages, dessen Ziel es sei, Gegensätze der internationalen Wirtschaftspolitik zu beseitigen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten zu fördern. Dieser Aufgabe habe sich die Nordatlantische Versammlung angenommen. Zu dem vielfältigen Themenbereich, der sich aus den Bestrebungen für eine gemeinsame Sicherheitspolitik ergebe, gehöre auch die „Strategische Verteidigungsinitiative der USA“. Obgleich niemand den sicherheitspolitischen Nutzen der SDI-Forschung und die Rechtfertigung des finanziellen Aufwandes vorhersehen könne, müsse man erkennen, daß die moderne technologische Forschung weder in den USA und Japan noch in der Sowjetunion aufzuhalten sei. Das Angebot einer Beteiligung der USA an die Bündnispartner sollte ernsthaft in Erwägung gezogen werden, wenn eine gleichberechtigte Partnerschaft damit verbunden sei. Wo Technologiekompetenz in der Tendenz als Machtfaktor schwerer wiege als die Zahl der jeweils stationierten Waffen, berge Inkompetenz unwägbare Sicherheitsrisiken. Die Beteiligung der Bündnispartner könne bei den Verhandlungen in Genf zu einer Stärkung der Verhandlungsposition des Westens beitragen. So könne ein Abkommen erzielt werden, das ein Gleichgewicht der Kräfte langfristig sicherstelle. Unabhängig von Ergebnissen in Genf ergebe sich für die Bündnispartner der Vorteil einer Mitwirkung an technologischen Entwicklungen, die noch unüberschaubare wirtschafts- und beschäftigungspolitische Auswirkungen beinhalte. Als gleichwertige zweite Säule der Allianz bedeute dies für die europäischen Mitgliedsstaaten, Geschlossenheit zu zeigen und eine einheitliche Antwort auf das amerikanische Angebot zu finden.

Der Bundesratspräsident bedauerte, daß der NATO-Vertrag keine Mitwirkung der parlamentarischen Ebene vorsehe. Es sei damit außer acht gelassen worden, daß auch die gesetzgebenden Organe für das Bündnis überaus wichtige Entscheidungen treffen könnten.

Bundeskanzler **Dr. Kohl** unterstrich die Bedeutung der Nordatlantischen Versammlung als der Verkörperung des demokratischen Elements in der Allianz. Die Nordatlantische Versammlung diene als Bindeglied zwischen dem Ständigen NATO-Rat und den Parlamenten der Mitgliedsländer. Sie fördere das Bewußtsein atlantischer Solidarität. Er erinnerte an die Worte des früheren Bundeskanzlers Konrad Adenauer, der am Tage des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zum Nordatlantikpakt auf die Entschlossenheit der Gemeinschaft freier Nationen hingewiesen habe, gemeinsam das Erbe der auf den Grundsätzen der persönlichen Freiheit und der Herrschaft des Rechts begründeten westlichen Zivilisation zu verteidigen.

Die Bundesrepublik Deutschland habe in den Europäischen Gemeinschaften und im Nordatlantischen Bündnis gemeinsam mit ihren Freunden und Verbündeten eine freiheitlich-demokratische Ordnung errichtet, die es zu bewahren und zu sichern und an

den Herausforderungen unserer Zeit auszurichten gelte. Die Chance freiheitlich-demokratischer Neuordnung sei dem anderen Teil Europas und damit einem Teil Deutschlands bis heute versagt geblieben. Die Zugehörigkeit zum Atlantischen Bündnis neben der Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften sei ein Kernelement der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Das Bündnis sichere nicht irgendeinen Frieden, sondern den Frieden in Freiheit. Es verbinde Europa mit Nordamerika und habe durch seinen äußeren Schutz den dauernden Zusammenschluß Europas begünstigt. Seinen Mitgliedern habe es den festen Grund für die Verständigung mit den östlichen Nachbarn geboten. Das Bündnis sei ein stabilisierender Faktor in den internationalen Beziehungen und für den Frieden in der Welt. Für die Bundesrepublik Deutschland gebe es keine Alternative zum Nordatlantischen Bündnis, die Westbindung sei Teil ihrer Staatsraison.

Die Atlantische Allianz habe alle Krisen gestärkt bewältigt. In 35 Jahren Frieden und Freiheit sei es ein Stück politischer Kultur, daß die Überbrückung unterschiedlich gelagerter Interessen freier und souveräner Mitgliedsstaaten immer wieder gelungen sei. Den Delegierten gebühre Dank für ihre Mitwirkung daran durch ihre Arbeit in der Nordatlantischen Versammlung wie auch in den nationalen Parlamenten.

Das Bündnis habe die Bewährungsproben, denen es in letzter Zeit ausgesetzt war, bestanden. Der Bundeskanzler erinnerte an den NATO-Doppelbeschluß, an die Entscheidung der Verteidigungsminister von 1984, die konventionelle Verteidigung zu verbessern und damit die nukleare Schwelle anzuheben sowie an die Bemühungen der Verbündeten zum Dialog mit dem Osten und um Abrüstung und Rüstungskontrolle. Grundlage dieser Politik bleibe das auf den Harmel-Bericht von 1967 zurückgehende Doppelkonzept der Allianz von Verteidigung und Verständigung.

Die Aufnahme des Rüstungskontrolldialogs zwischen den USA und der Sowjetunion in Genf bewertete der Bundeskanzler als eine eindrucksvolle Bestätigung der Außen- und Sicherheitspolitik der Verbündeten. Die ganze Welt sehe mit Erwartungen und Hoffnungen auf diese Verhandlungen. Von besonderer Bedeutung für die Bundesregierung seien der zwischen den Verhandlungspartnern vereinbarte Begriff des „wechselseitigen Verhältnisses“ der drei Verhandlungsgegenstände, das Verhandlungsziel der strategischen Stabilität und die verabredete Vertraulichkeit der Verhandlungen. Bei allen drei Verhandlungsformen sollten Übereinkünfte auch in Teilbereichen der Verhandlungen getroffen werden, wenn dort beiderseitig annehmbare Lösungen möglich seien. Die Bundesregierung halte eine drastische Reduzierung der nuklearen Offensivwaffen für unabdingbar. Ein bloßes beiderseitiges Einfrieren der Mittelstreckenpotentiale würde die ungleichen Ausgangspunkte verfestigen und zu wirklichen Lösungen nicht beitragen. Dem amerikanisch-sowjetischen Verhältnis komme eine Schlüsselrolle in der Gestaltung der West-Ost-Be-

ziehungen zu. Die Bundesregierung sehe West-Ost-Politik nicht auf Rüstungskontroll- und Sicherheitsfragen beschränkt, sie wünsche einen Dialog auf breiter Front.

Die strategische Verteidigungsinitiative von Präsident Reagan bedeute für das Bündnis Chance und Risiko zugleich. Für das Bündnis bleibe insbesondere wichtig, daß die Sicherheit Europas nicht von der Sicherheit der USA abgekoppelt werde; die NATO-Strategie der flexiblen Antwort bleibe unverändert gültig, solange keine für die Kriegsverhinderung erfolgversprechende Alternative gefunden sei; konkrete Forschungsergebnisse müßten in kooperative Lösungen einmünden. Die Sowjetunion führe seit längerer Zeit intensive Forschungen im Bereich der strategischen Verteidigung durch. Die Vereinigten Staaten hätten mehrfach erklärt, der ABM-Vertrag gebiete, die Entwicklung und Aufstellung strategischer Verteidigungssysteme nur im Wege kooperativer Lösungen mit der Sowjetunion zu erwägen. Es bestehe kein Anlaß, an den Absichten der Vereinigten Staaten zu zweifeln.

Die Bundesregierung werde die Möglichkeiten einer eventuellen Zusammenarbeit beim Forschungsprogramm prüfen. Richtschnur bleibe die deutsche und die europäische Interessenlage und die des Atlantischen Bündnisses. Die oft beschworene Alternative zwischen Paris und Washington stelle sich für die Bundesregierung nicht. Die Bundesregierung akzeptiere und unterstütze den Grundgedanken einer Zusammenfassung und Bündelung der europäischen Kapazitäten und Möglichkeiten in der modernen Hochtechnologie. Nationale Vorbehalte der Europäer könnten so endlich abgebaut werden. Der Bundeskanzler unterstrich, fortlaufend notwendig werdende Anpassungen der Strategie der flexiblen Antwort an sich verändernde Bedingungen gewährleisteten ihre Glaubwürdigkeit. Die europäischen Verbündeten unterstützten Bemühungen zur Stärkung der konventionellen Streitkräfte. Der Abzug amerikanischer Truppen aus Europa widerspreche auch den amerikanischen Sicherheitsinteressen und würde gegenüber dem Osten ein falsches Signal setzen.

Der deutsche Verteidigungsbeitrag und die Wehrpflicht seien ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses. Mit der Intensivierung der Arbeit in der Westeuropäischen Union sei ein wichtiger Anfang gemacht worden, die sicherheitspolitische Zusammenarbeit der Europäer zu verstärken. Es gehe darum, den europäischen Pfeiler des Bündnisses und damit die Verteidigungsfähigkeit der Allianz insgesamt zu stärken. Darin liege auch die Voraussetzung für weitere Fortschritte auf dem Weg nach Europa. Der weitere Zusammenschluß Europas in einer europäischen Union sei das Gebot der Stunde.

Abschließend erinnerte der Bundeskanzler daran, daß die Bundesrepublik Deutschland vom Fundament der Allianzzugehörigkeit aus kontinuierlich und geduldig an der Verbesserung des Verhältnisses zwischen West und Ost gearbeitet habe. Bei der Abstimmung der Bündnispositionen zu den multila-

teralen und bilateralen Rüstungskontrollverhandlungen habe sie entscheidend mitgewirkt. Dies gelte für die Mitverantwortung bei der Gestaltung des KSZE-Prozesses wie für eine gemeinsame Position in der Stockholmer Konferenz für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa. Der Bundeskanzler dankte den Delegierten für ihren in der Arbeit der Nordatlantischen Versammlung geleisteten Beitrag zur Stärkung der Gemeinschaft freier Nationen und damit zum Frieden.

Der Präsident der Nordatlantischen Versammlung, **Sir Patrick Wall** (Vereinigtes Königreich), ging in seiner Ansprache zunächst auf die neue Führung in der Sowjetunion, auf das Zusammentreffen des militärischen und politischen Ausschusses mit den drei Oberbefehlshabern SACEUR, SACLANC und CINCHAN, dem NATO-Generalsekretär und den NATO-Botschaftern in Brüssel sowie auf das pazifische Gespräch in Hawaii ein. Die sich aus pazifischer Sicht ergebenden Perspektiven über Europa hätten die Europäer stark berührt. Dies betreffe den um 25% höheren US-Handel mit den Ländern des Pazifik, das sowjetische Auftreten im Pazifik mit der möglichen Folge, daß das Gebiet der NATO nicht länger Priorität beanspruchen könne, die als starr zu bezeichnende und sich über unwichtige Dinge streitende Europäische Gemeinschaft, die Schaffung von 14 Millionen neuen Arbeitsplätzen in den Vereinigten Staaten bei gleichzeitigem Verlust von 4 Millionen Arbeitsplätzen in Europa.

Obgleich Westeuropa mehr für seine eigene Verteidigung tun müsse — dem Nunn-Roth Änderungsantrag hätten nur 8 Stimmen gefehlt — betonte der Präsident den europäischen Beitrag für das Bündnis. Im Falle eines unvorhergesehenen Angriffs stelle Europa 90% der Mannschaftsstärke, 95% der Divisionen, 85% der Panzer, 95% der Artillerie, 80% der Kampfflugzeuge und 70% der Kriegsschiffe zur Verfügung. Er verwies auf die Anstrengungen Westeuropas. So habe die Bundesrepublik Deutschland 13% höhere Mittel für Munitionsausgaben vorgesehen, und die von der Bundesrepublik Deutschland als Stationierungsland für befreundete Streitkräfte aufgebrachten Mittel machten zusammen mit Großbritannien 10 Milliarden Dollar aus.

Der Präsident unterstrich, daß die Sicherheit des Bündnisses insbesondere von einer gemeinsamen Haltung in bezug auf eine wirtschaftliche Strategie abhängig sei. Daran fehle es jedoch. Das Bündnis verstehe nicht, seine Ressourcen bestmöglich zu nutzen. Dies gelte für den menschlichen, den politischen und den wirtschaftlichen, den militärischen wie auch den technischen Bereich. Die Notwendigkeit einer wirksamen Strategie der Ressourcen sei zwingend notwendig geworden. Amerika und Europa sollten die legitimen Interessen der jeweiligen Seite objektiver betrachten und bestehende Unterschiedlichkeiten im Geiste der Zusammenarbeit und des Kompromisses lösen. Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich sei einer der wichtigsten Bestandteile einer wirksamen Strategie der Ressourcen. Wirksame Arbeitsteilung im Rüstungsbeschaffungswesen sei erforderlich; das Problem bestehe

gegenwärtig in der Zersplitterung von Industrien und Märkten sowie Doppelkapazitäten in der Rüstungsproduktion. In einer Zeit, in der das Bündnis seine konventionellen Verteidigungsfähigkeiten durch die Entwicklung immer ausgereifterer und teurerer Waffen verbessere, bereite dies besondere Sorge. Die kürzlichen Bemühungen einer europäischen Zusammenarbeit innerhalb der „Unabhängigen Europäischen Programmgruppe“ zeugten von einem starken politischen Willen, auf diesem Wege voranzuschreiten. Im transatlantischen Bereich bedürfe es weiteren Fortschritts, und die Initiative Verteidigungsminister Weinbergers bezüglich neuer Technologien vermöge den Rahmen einer großen transatlantischen Zusammenarbeit abzugeben.

In der Frage des Technologietransfers sei jeder davon überzeugt, daß keine militärische Technologie in den Ostblock exportiert werde. Es gebe jedoch Bereiche der Technologie, bei denen unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Exportkontrollen bestünden; dies gelte insbesondere für die sogenannte doppel-verwendbare Technologie. Als Ergebnis dieser Unterschiedlichkeiten mache die Politik der Vereinigten Staaten den Verbündeten den Kauf amerikanischer Technologien schwer. Die gegenwärtig nicht abgestimmten Verhaltensweisen über den Technologietransfer führten zu einer unnötigen und kostspieligen Verdoppelung im Forschungs- und Entwicklungsbereich, ganz zu schweigen von den politischen Auseinandersetzungen. Eine Lösung müsse gefunden werden, die auch das Bemühen der Bündnispartner in sich schließe, erweiterte Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei neuen Technologien und ihrer wirksamen Nutzung, sowohl im militärischen wie im zivilen Bereich, zu finden.

Abschließend hob der Präsident die Bedeutung des gemeinsamen Ziels einer glaubwürdigen Abschreckung hervor. Die Erfolge der vergangenen 35 Jahre könnten fortgesetzt werden. Die Verbindung zwischen einer sachgerechten Zuordnung der Ressourcen, einer wirksamen militärischen Schlagkraft und gemeinsamer Sicherheit könne nicht deutlicher sein. Erfolg bei den Abrüstungsverhandlungen sei ein weiterer und der beste Weg, die Verteidigungsausgaben zu verringern.

Abg. **Rose** (USA), Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, unterstrich das Erfordernis eines gemeinsamen wirtschaftlichen Interesses. Wirtschaftliche Auseinandersetzungen gefährdeten die Einheit des Bündnisses bei der Bewältigung gemeinsamer Probleme, d. h. Arbeitslosigkeit und Haushaltsdefizite. Hohe Zinssätze gefährdeten die Investitionen. Die Bündnisländer seien einzeln kaum in der Lage, mit den Problemen fertig zu werden; bessere Koordinierung im wirtschaftlichen Bereich, insbesondere der Währungspolitik, sei notwendig. In Amerika und Europa glaube man, die Probleme würden größtenteils von der jeweils anderen Seite verursacht. Der europäische Agrarprotektionismus ziele nicht darauf ab, den Agrarinteressen der USA und Kanadas zu schaden; die Agrarimporte der Gemeinschaft aus den USA seien immer noch größer als die Exporte.

Das Herunterschrauben der US-Stahlimporte ziele ebenfalls nicht darauf ab, der europäischen Stahlindustrie zu schaden. Die Parlamentarier seien aufgerufen, die öffentlichen Betrachtungen hierzu zu korrigieren. Gegenseitige Anschuldigungen lösten keine Probleme, sondern erzeugten diese nur. Der Kongreß habe versucht, protektionistischem Mißbrauch entgegenzuwirken. In einer neuen Gesprächsrunde sei über Handelsbeziehungen zu reden und der Zugang zu heimischen Märkten zu öffnen. Dazu gehöre der Abbau von Wettbewerbsnachteilen durch Subventionen, Wechselkursverzerrungen sowie wirtschaftliche Anpassung durch Umstrukturierung. Partner im Bündnis sein bedeute, Differenzen offen auszutragen. Das führe zu einer leichteren Bewältigung der Verteidigungsanstrengungen.

Der Generalberichterstatter, Abg. **Dr. von Wartenberg** (Bundesrepublik Deutschland), verwies in seiner Einführung zu dem Entschließungsantrag darauf, daß trotz offener Fragen die Länder des Bündnisses ein hohes Maß an Übereinstimmung in der Wirtschaft- und Finanzpolitik erreichen könnten. Die tiefe Rezession der Weltwirtschaft sei überwunden worden, Erfolge bei der Inflationsbekämpfung seien sichtbar, der Welthandel sei kräftig gestiegen, die Schuldensituation vieler Länder der Dritten Welt erscheine auf längere Sicht lösbar. Zur Sicherung der bisherigen Erfolge sei erforderlich, weiterhin eine umsichtige Fiskal- und Budgetpolitik zu betreiben, um Inflationstendenzen den Auftrieb zu nehmen, die immer noch hohen Zinsen weltweit zu senken und die Investitionen anzufachen.

Ein stabilitätsorientierter Wachstumspfad sei das geeignete Mittel, um die großen Probleme, vor allem die Arbeitslosigkeit und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Man müsse nicht einzig die ökonomische, sondern die politische Dimension dieses Problems sehen. Die schnelle Umsetzung neuer technischer Möglichkeiten könne hochqualifizierte Dauerarbeitsplätze schaffen.

Der Generalberichterstatter sah dauerhaftes Wachstum untrennbar mit freiem Welthandel verbunden. Protektionismus schaffe lediglich neue Probleme und sei ein Zeichen zunehmenden Egoismus und mangelnden Verständnisses für die Probleme anderer. Die Aufrechterhaltung eines multilateral abgesicherten freien Welthandels und die rasche Beseitigung der zahlreichen Handelshemmnisse seien der wirksamste Beitrag, den Regierungen und Parlamente der Industrieländer für die eigene Bevölkerung und für die Menschen der Dritten Welt leisten könnten. Von den Entwicklungsländern sei ein gewaltiger Beitrag zur Wiedergewinnung ihrer Kreditwürdigkeit geleistet und wiederholt erklärt worden, den Weg der Stabilisierung ihrer Volkswirtschaften fortzusetzen. Nur wenn dieser Weg durch entsprechende Anstrengungen der Industrieländer ergänzt werde, könnten politisch und ökonomisch fruchtbare Beziehungen untereinander und mit den Ländern der Dritten Welt gelingen.

Zu dem bestehenden internationalen Währungssystem gebe es keine glaubwürdige Alternative. Es

komme auf die Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb dieses Systems an. Fortbestehende Meinungsunterschiede zwischen den Bündnispartnern über Maxime des politischen, militärischen und ökonomischen Handelns gegenüber den Herausforderungen unserer Zeit erschwerten oft eine konstruktive Zusammenarbeit. Dies zeige die Auseinandersetzung um Regelungen des Technologietransfers oder des „burden sharing“ im Bündnis. Verstärkte Bemühungen seien notwendig, interne Differenzen auszuräumen und einen gemeinsamen Weg zu beschreiten. Anstrengungen im COCOM oder in der „Unabhängigen Europäischen Programmgruppe“, im GATT oder im Rahmen der OECD kennzeichneten den richtigen Weg, seien jedoch nicht ausreichend. Die Verabschiedung der vorliegenden Resolution werde dazu beitragen, im Geiste des Bündnisses gemeinsame Lösungen für die aufgezeigten Probleme zu finden.

Senator **Laucournet** (Frankreich) sprach Befürchtungen Frankreichs gegenüber allen Neigungen an, Probleme des Bündnisses zu globalisieren und sie allein als wirtschaftliche Komponente zu betrachten. Gleichwohl werde Frankreich, um den Geist des Zusammenhalts innerhalb der Allianz zu unterstreichen, sich nicht dem Resolutionsentwurf widersetzen. Nach dem Bonner Wirtschaftsgipfel habe das Problem des Funktionierens des internationalen Währungssystems eine besondere Schärfe angenommen. Frankreich sei entschlossen, mit allen Mitteln gegen protektionistische Maßnahmen zu kämpfen. Gegenüber einer neuen GATT-Runde jedoch stelle es drei Bedingungen: vorausgehende gründliche Konsultationen insbesondere innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, um zu verhindern, daß die Politik des gemeinsamen Agrarmarktes in Frage gestellt werde. Dies sei unannehmbar. Gleichzeitig bedürfe es einer Währungskonferenz, um sich mit den schwerwiegenden Folgen der Instabilität des Dollars zu befassen; schließlich gehe es um Fragen der Konsultation mit den Entwicklungsländern, deren Interessen man nicht schweigend übergehen könne. Dieses seien die für Präsident Mitterand wichtigen Garantien vor Eintritt in eine neue Verhandlungsrunde. Über die Tagesordnung einer multilateralen Verhandlungsrunde dieser Größenordnung könne nicht von einem einzigen Teilnehmer, auch wenn es der bedeutendste sei, entschieden werden. Senator Laucournet hielt eine Einigung für möglich und bezeichnete die Debatte als eine Möglichkeit, darauf hinzuwirken.

Abg. **Prof. Dr. Abelein** (Bundesrepublik Deutschland) unterstrich die Bedeutung des Verhältnisses von wirtschaftlicher Entwicklung und der Sicherheit des Bündnisses. Je besser die wirtschaftlichen Daten jedes Bündnislandes seien, desto größer sei der für die Sicherheit mögliche Beitrag. Hierbei müsse man die beträchtlichen Probleme der Länder des Bündnisses, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, erkennen, zu denen insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit zähle. Die Diskussion neuer Wege zur Lösung dieser Probleme sei ein zwingendes Gebot. In den transatlantischen Beziehungen stehe das Bemühen im Vordergrund, unterschiedliche Auffassungen in Fragen der Währungs- und Fi-

nanzpolitik und des Handels im Agrar- und Stahlbereich auszuräumen. Die Nord-Süd-Beziehungen seien gekennzeichnet durch einen Rückgang der Exporterlöse und des Wachstums in den Ländern der Dritten Welt als Folge sinkender Nachfrage in den Industrieländern. Das Schuldenproblem sei nach wie vor groß. Die Verpflichtung der Bündnisländer bestehe nun darin, die Schwellenländer wie die Entwicklungsländer bei ihren Bemühungen zur Lösung der Schuldenprobleme zu unterstützen. Obwohl sie einen bedeutenden Faktor für viele Volkswirtschaften darstellten, seien die West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen fast völlig unkoordiniert. Ähnliche Probleme bestünden beim Technologietransfer sowie für die mit der Strategischen Verteidigungsinitiative zusammenhängenden Fragen. Die bedeutendsten Bestandteile des SDI-Programms seien wirtschaftlicher, technischer und wissenschaftlicher Art. Das SDI-Programm scheine die Möglichkeit zu bieten, das Atomwaffenarsenal zu reduzieren. Erforderlich sei, bei Durchführung dieses Programms unter Beteiligung der Europäer die europäischen Aspekte in fairer Partnerschaft, voller Gleichberechtigung und gegenseitigem Nutzen zu berücksichtigen. Es dürfe in keinem Fall eine Abkopplung Europas von Amerika eintreten. Eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten biete die beste Voraussetzung, gute Ergebnisse zu erreichen. Prof. Dr. Abelein schloß mit einem Wort des Dankes an alle Delegierten der Nordatlantischen Versammlung für die Wahl Stuttgarts als Konferenzort.

Abg. **McCrindle** (Vereinigtes Königreich) unterstrich die Notwendigkeit wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Dies gelte insbesondere für im transatlantischen Bereich anstehende Lösungen jener Punkte, die zwischen den USA und Europa strittig seien. Die gegenwärtige Abhängigkeit sei gerade 1985 stärker als je zuvor, Alleingänge könnten sich die Partner nicht leisten, vermindertes Wirtschaftswachstum schade dem Zusammenhalt des Bündnisses. Es nütze niemandem, die USA für das hohe Zinsniveau verantwortlich zu machen; gleichwohl seien die Europäer aufgerufen, ihre eigenen Probleme ohne Einmischung von außen zu lösen. Ebenso wichtig sei ein freier Handel, aber auf fairer Grundlage. Skepsis in bezug auf diesen Punkt des Entschließungsantrages sei angebracht, wenn man an moderne Technologien und insbesondere an die Möglichkeit ihres Exports nach Osteuropa denke. Diese Fragen seien nur im Geiste der Erzielung eines Kompromisses lösbar. Gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit bedeute Lastenteilung wie Vorteilsgewährung. Das solle Schwerpunkt in den atlantischen Wirtschaftsbeziehungen sein.

Abg. **Medina** (Spanien) erinnerte an die trotz wirtschaftlicher Erholung ungelösten Probleme der Arbeitslosigkeit, der Haushaltsdefizite und an die Schuldenlage. Eine Lösung sehe er nicht in der Einführung multilateraler Kontrollen, besonders im Bereich des Technologieexports, bei dem einige, sehr strenge und sicherlich unumgängliche Kontrollen notwendig seien. Begrenzungen des Technologietransfers sollten niemals als Embargomaßnahmen gegenüber dritten Ländern benutzt werden.

Senator **Roth** (USA) betrachtete Zusammenarbeit als den Schwerpunkt der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bestrebungen. Dies gelte insbesondere auch im Zusammenhang mit SDI. Solange ein Ergebnis in Genf nicht vorliege, gebe es für die USA keine sinnvolle Alternative zum Forschungs- und Entwicklungsprogramm SDI. Die europäische Furcht einer Abkopplung von den USA werde wohlüberlegt von der gegnerischen Seite ausgenutzt. Es sei künftig nicht mehr möglich, mit öffentlicher Unterstützung für die gegenwärtige — auf der selbstmörderischen Grundlage der beiderseitig gesicherten Vernichtung beruhenden — Strategie der Abschreckung zu rechnen.

Die Strategische Verteidigungsinitiative biete eine mögliche Abkehr hiervon. Die USA wünschten die Beteiligung ihrer europäischen Verbündeten an SDI. Dies erhöhe die gemeinsame Sicherheit. Abschließend brachte Senator Roth die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Zusammenarbeit innerhalb der NATO in der soeben beginnenden neuen Ära weiter wachse.

Abg. **Frau Simonis** (Bundesrepublik Deutschland) verwies auf die Zahl von etwa 32 Millionen Arbeitslosen in den Ländern der OECD. Von der Arbeitslosigkeit insbesondere betroffen seien Frauen, Behinderte, ältere Arbeitnehmer und Jugendliche, deren Chancen am Arbeitsmarkt gering seien. Es gebe Regionen, in denen jeder dritte Arbeitsfähige arbeitslos sei, die Dauerarbeitslosigkeit nehme zu und mit ihr die Armut als Folge von Sparmaßnahmen im sozialen Bereich. Wenn man die Glaubwürdigkeit des Bündnisses ernst nähme, könne man in einer Resolution, wie man sie heute diskutiere, das Problem der Arbeitslosigkeit nicht mit einem Nebensatz abtun. Arbeitslosigkeit gehe über das Wirtschaftliche hinaus, sie sei inhuman und verändere die politische und soziale Situation in unserer Gesellschaft tiefgreifend. Wachstumsraten allein seien keine Lösung; Ziel des Wirtschaftswachstums müsse sein, Arbeits- und Lebenschancen gerecht zu verteilen, die soziale Sicherheit zu garantieren sowie Hunger und Armut in der Welt zu beseitigen. Dies gewährleiste den inneren und äußeren Frieden.

Abg. Frau Simonis bat die Delegierten, die ursprüngliche Fassung als Alternative zu dem zur Abstimmung vorliegenden Entwurf zu betrachten. Entscheidend sei, daß rasch gemeinsame Maßnahmen ergriffen würden, durch die Arbeit und Einkommen für alle garantiert würden. Die wirtschaftliche Erholung müsse Spaltungen zwischen sozialen Gruppen überwinden und somit gleichzeitig sozialen Erfordernissen dienen. Die Einbeziehung unserer östlichen Partner schaffe wirtschaftliche Bindungen, die helfen könnten, Spannungen zu mildern. Wirtschaftliche Erholung sei jedoch innerhalb des Bündnisses nur erreichbar bei Abbau von freiem Handel und Technologietransfer entgegenstehenden Hindernissen. Es sei die Verpflichtung aller als gleichberechtigter Mitglieder im Bündnis, sich den Herausforderungen zu stellen, damit allen Menschen die Chance auf Arbeit eröffnet würde und sie am wirtschaftlichen Fortschritt teilnehmen könnten.

Abg. **Desmarets** (Belgien) unterstrich die Schwierigkeiten, in einer politischen und militärischen Allianz die Bevölkerung zur Verteidigung von Idealen wie Frieden und Freiheit zu motivieren, ohne den Volkswirtschaften eine feste Grundlage zu verleihen und den notwendigen sozialen Fortschritt zu gewährleisten. Die Diskussion wirtschaftlicher Fragen sei daher bedeutsam, und die belgische Delegation unterstütze die Resolution. Als besonders vorrangig bezeichnete Abg. Desmarets die Stabilität des internationalen Währungssystems als Voraussetzung eines Aufschwungs des Welthandels. Daneben gehe es um die Nord-Süd-Beziehungen. Die westlichen Länder seien außerstande, ihre Probleme zu lösen, wenn man nicht gleichermaßen die Probleme der Dritten Welt aufgreife. Die gesamte freie Welt sei aufgefordert, einen neuen Marshallplan ins Leben zu rufen, um den ärmsten Ländern zu helfen. Nach elfjähriger Krise bedürfe das Arbeitslosenproblem einer Lösung in kürzester Frist: das Schicksal unserer Demokratien stehe auf dem Spiel.

Abg. **McKinnon** (Kanada) sprach von Optimismus, der durch das Wirtschaftswachstum, die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung wie auch durch die Verminderung der Zinssätze gerechtfertigt sei. Zahlreiche Probleme wie die hohe Arbeitslosigkeit und die Handelsdefizite bestünden fort und seien Ursache fehlender Übereinstimmungen und sozialer Unzufriedenheit. Die ungleichen wirtschaftlichen Bedingungen bei einigen Bündnispartnern könnten die Stabilität der NATO beeinträchtigen. Das Pro-Kopf-Einkommen variere zwischen 1 300 und 13 000 US-Dollar jährlich. Dieser Lage müsse begegnet werden, da Sicherheit von wirtschaftlicher Leistungskraft abhängig sei.

Abg. **Napolitano** (Italien) verwies auf die Abhängigkeit der Lösung wirtschaftlicher Probleme von Stabilität und Sicherheit im Bündnis. Er betrachtete es als notwendig, den Text des Entschließungsentwurfs dahin gehend zu verstärken, dem Abbau von Arbeitslosigkeit gerade unter den jungen Leuten Vorrang einzuräumen. Die Eingliederung der jungen Menschen in das Wirtschaftsleben sei durch geeignete Maßnahmen der Regierungen zu bewerkstelligen. Er hielt es abschließend für erforderlich, eine internationale Währungskonferenz einzuberufen.

Abg. **Nunes** (Portugal) unterstrich den Zusammenhang zwischen gemeinsamer Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik. Er erinnerte an die Idee Präsident Kennedys, eine neue internationale Wirtschaftsordnung und eine neue Gesellschaft zu schaffen. Diese Frage gehöre auf die Tagesordnung. Europa, die Vereinigten Staaten und Kanada sähen sich eingekreist von den hungernden Völkern der Dritten Welt. Hilfe für diese Länder sei ein Element der Verteidigung der westlichen Länder. Als europäische und atlantische Nation erwarte Portugal Hilfe von den Europäern, um die Modernisierung seiner technologischen Kapazitäten zu beschleunigen. Auf der anderen Seite sei es bereit, seine afrikanischen Erfahrungen der NATO und Europa zur Verfügung zu stellen.

Abg. **McNamara** (Vereinigtes Königreich) sprach Einzelheiten des Entschließungsentwurfs an und bedauerte, daß der Wirtschaftsausschuß den Inhalt während der Tagung nicht habe diskutieren können. Der erste Entwurf habe die Besorgnis der Versammlung gegenüber den wirtschaftlichen Problemen der Mitgliedsländer zum Ausdruck gebracht. Die zweite Fassung führe zu dem Eindruck, daß kaum Probleme existierten. Er bat die Delegierten, dem Alternativentwurf der sozialistischen Gruppe zuzustimmen. Dort sei das Problem der Arbeitslosigkeit, insbesondere in Westeuropa, das seine ganze Generation verunsichere und so die Allianz beeinträchtige, besonders hervorgehoben. Eine in den USA praktizierte Politik der direkten öffentlichen Ausgabenprogramme zeige Möglichkeiten auf. Er empfahl, eine solche Politik auch anderswo anzuwenden.

Abg. **Ilter** (Türkei) sprach die Abhängigkeit der Bündnisländer bei den Rohstoffen an. Die wirtschaftlich schwächeren Mitgliedsländer fühlten das Wohlstandsgefälle besonders stark. Die Türkei sei nicht allein aus politischen und militärischen Gründen Mitglied der NATO, sondern auch, weil sich einige Mitgliedsländer der wirtschaftlichen Notwendigkeiten ärmerer Länder wie der Türkei, Portugals und Griechenlands bewußt gewesen seien. Man müsse sich über die tatsächlichen Notwendigkeiten im klaren sein, damit mangelnde Leistungsfähigkeit der Streitkräfte der ärmeren Länder den südlichen Bereich des Bündnisses nicht schwäche. Er begrüßte den Entschließungsentwurf wegen der darin enthaltenen wirtschaftlichen Bezogenheit zur Sicherheit im Bündnis.

Senator **Gore** (USA) ging auf den Zusammenhang von Wirtschaft und Verteidigung ein. Viele Amerikaner hätten die abweichenden europäischen Antworten zu „burden sharing“ zur Kenntnis genommen. Die Zeit sei nun gekommen, über Vorteile zu sprechen. Die europäischen Zweifel an SDI seien in den USA bekannt, die Notwendigkeit für Konsultationen werde gesehen. Die US-Administration werde auf die Forderungen eingehen, das Programm zunächst auf den Forschungsbereich zu begrenzen und den ABM-Vertrag zu respektieren, auch wenn die russische Seite vermutlich dagegen verstoße. Die Einheit des Bündnisses sei durch wirtschaftliche Probleme mehr gefährdet als durch wirtschaftliche Probleme mehr gefährdet als durch SDI. Die Gefahren eines wiederbelebten Protektionismus seien ein weiteres Problem. Wie unsympathisch das sowjetische System auch erscheine, die Bündnispartner dürften bei alledem nicht die Notwendigkeit der Umschuldung der Entwicklungsländer wie auch den hohen Stand der Arbeitslosigkeit unterschätzen. Es sei lebenswichtig, die jungen Leute zu ermutigen, die Notwendigkeit der NATO zu erkennen und einzusehen, daß ihnen innerhalb des Bündnisses eine Zukunft offenstehe.

In bezug auf eine Reduzierung des Haushaltsdefizits entwickle sich in den USA eine von beiden Parteien getragene Übereinstimmung. Der Wert des Dollars könne sinken, aber damit verbinde sich die Warnung an die Europäer, nicht mit protektionisti-

schen Maßnahmen zu reagieren. Alle Mitglieder des Bündnisses seien aufgefordert, Handelshemmnisse abzubauen, ihre Währungen zu stabilisieren und inflationsloses Wachstum zu erreichen.

Das Schicksal Europas sei untrennbar mit dem der Vereinigten Staaten verbunden. Die USA würden sich niemals von Europa abwenden oder aufhören, es auf allen Ebenen zu verteidigen.

Abg. **Arentoft** (Dänemark) appellierte an die Versammlung, Geduld mit der gegenwärtigen Haltung Dänemarks, deren politischen Hintergrund er erläuterte, zur Verteidigung zu haben. Seit 1982 sei die dänische Minderheitsregierung abhängig von der Radikalen Partei, die bei Wirtschaftsvorlagen mit der Regierung, in Verteidigungsangelegenheiten dagegen mit den Sozialdemokraten und den Linkssozialisten gestimmt habe. Es gebe allerdings seit dem letzten Sommer Anzeichen, daß in einiger Zeit der Konsensus in Verteidigungsfragen jener Auffassung entsprechen werde, die vor 1982 vertreten worden sei.

Abg. **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) sprach sich dafür aus, bei wirtschaftlichen Problemen auch die pazifische Region einzubeziehen. Wirtschaftliche Fragen seien globaler Natur und gingen für das Bündnis über Europa und Amerika hinaus. So hätten die USA ihr Haushaltsdefizit nicht ohne die aus Japan einströmenden Gelder finanzieren können. Diese Bewegungen hätten Auswirkungen auf die Zinshöhe und Rückwirkungen auf Europa gehabt. Beim Handel verzeichne der Osten gegenwärtig den höchsten Wachstumsbereich und sei stärkster Konkurrent für die Mitgliedsländer der Allianz. Es gehe nicht allein um Japan; ein Blick auf die Marktfaktoren zeige die Bedeutung der Bevölkerung Chinas, die dreimal so groß sei wie die Bevölkerung der Europäischen Gemeinschaft und Nordamerikas zusammen.

Abg. **Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland) befaßte sich mit den Auswirkungen des SDI-Programms. SDI bewiese, daß fortgeschrittene Technologien nachhaltige Auswirkungen auf Wirtschaft, Beschäftigung sowie auf die Sicherheit des Bündnisses hätten. Eine Klärung des Technologietransferproblems sei dringend geboten. Die strategische Verteidigungsinitiative habe völlig neue Fragestellungen für die Sicherheit der Allianz, besonders für Europa sowie für die wirtschaftliche Entwicklung der Mitgliedsländer eröffnet.

Werde SDI den Schutz Europas verbessern? Die mobile Stationierung und die weit kürzeren Flugzeiten von Kurzstrecken- und Mittelstreckenraketen schlossen ein mehrfach gestuftes Abwehrsystem, wie es die USA zu ihrem Schutz vorsähen, in Mitteleuropa aus. SDI könne die Drohung mit nuklearen Gefechtsfeldwaffen oder Waffen kurzer Reichweite in Europa nicht beheben. Die Regionalisierung der Nuklearkonflikte und die Begrenzung des nuklearen Schlagabtausches auf dem Gefechtsfeld werde zu einer denkbaren Option. Für das Gebiet der nordatlantischen Allianz bedeute dies die Entstehung eines Systems der abgestuften Sicherheit. Weiter sei zu fragen, ob SDI eine tatsächliche

technologische Zweibahnstraße USA/Europa eröffnen. Angesichts unbestreitbarer und anhaltender Auffassungsunterschiede über einen ungehinderten Technologietransfer innerhalb des Bündnisses seien Zweifel angebracht. Offene Fragen seien allein im Geiste der bestehenden engen freundschaftlichen Beziehungen lösbar. Unabhängig von der europäischen Beteiligung werde SDI amerikanischen Geheimhaltungsvorschriften unterliegen. Dies werde, wie die Erfahrung mit COCOM zeige, Schwierigkeiten bereiten. Wenn heute bereits bei militärischen Aufträgen an amerikanische Unternehmen und Institute in der Grundlagenforschung ein freier wissenschaftlicher Meinungsaustausch beschränkt werde und europäische Wissenschaftler aus Ländern der Allianz von US-Konferenzen an Universitäten ausgeschlossen würden, sei zu überlegen, ob SDI der geeignete Rahmen für eine Zusammenarbeit mit der europäischen Industrie und der europäischen Wissenschaft sei.

Ein weiteres vordringliches Problem bei einer Beteiligung an SDI sei vor allem für die USA, aber auch für Kanada und alle europäischen Mitgliedsländer der Allianz die Möglichkeit eines Konflikts mit dem ABM-Vertrag. Der ABM-Vertrag verbiete in Art. 9 die Übertragung von Bestandteilen dieser Systeme an Drittländer. Dies mache fraglich, ob bei Übergang der Forschung in die Produktion die USA ohne Verletzung des ABM-Vertrages einzelne Elemente und Technologien zur Herstellung bestimmter Produkte überhaupt noch an Drittländer zu übertragen berechtigt seien.

Abg. Ibrügger verwies auf die Schlußfolgerungen des dem Wissenschafts- und Technologie-Ausschuß vorliegenden Berichtsentwurfs und sah darin Elemente einer neuen Strategie zur Verbesserung der transatlantischen und europäischen Koordinierung der wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen des Bündnisses. Dies diene einer gerechten Verteilung von Kosten und Vorteilen sowie der Klärung jener Fragen, die von der strategischen Verteidigungsinitiative für den wirtschaftlichen Zusammenhalt, für die Überwindung der Arbeitslosigkeit und — ganz allgemein — für die Sicherheit des Bündnisses ausgelöst worden seien.

Abg. Verdon (Frankreich) hielt die neue Fassung der Resolution für zu abgeschwächt. Auf der anderen Seite wünschte er die Unsicherheit einer möglichen Ausweitung der Probleme innerhalb der Allianz auszuräumen. Frankreich wünsche nicht, daß die Allianz ein neues Diskussionsforum für die Ost-West-Beziehungen werde. Bezüglich neuer GATT-Verhandlungen habe Frankreich seine unterschiedliche Auffassung zum Ausdruck gebracht. Nach Frankreichs Einschätzung würden die USA Termine festsetzen, bevor genau feststehe, wovon man spreche. Dies gelte auch für das noch undeutliche Programm der Strategischen Verteidigungsinitiative. Neue GATT-Verhandlungen hingen für Frankreich von drei Bedingungen ab: Konsultation mit den Ländern der Dritten Welt, deren Entwicklung durch den Abschwung der internationalen Wirtschaft in Gefahr sei; eine neue Einstellung der Vereinigten Staaten bezüglich einer gemeinsamen

Agrarpolitik; schließlich könne man Handelsprobleme nicht ohne gleichzeitige Einbeziehung der monetären Probleme lösen. Frankreich sei nicht isoliert, und sollte es isoliert sein, so aus Gründen seiner Verantwortlichkeit. Seine Haltung orientierte sich am europäischen wie am Interesse der Dritten Welt. Es hoffe, daß diese Haltung das Bewußtsein der anderen europäischen Länder schärfte: Europa müsse gegenüber der bedeutenden wirtschaftlichen und industriellen Kraft der Vereinigten Staaten und Japans bestehen.

Senator Hastings (Kanada) ging auf die Bedeutung des Beitrages der modernen Technologie für die Mitgliedsländer ein und verwies auf das Erfordernis grundlegender Änderungen beim Technologietransfer von West nach Ost sowie zwischen den westlichen Ländern. Er begrüße die positiven Antworten auf die Empfehlungen des Unterausschusses für Technologietransfer. Der Unterausschuß sei sich des Sicherheitsaspekts bei Erwerb empfindlicher Technologien durch die UdSSR bewußt. Das Problem liege indessen in der Definition solcher Technologien und in der Schwierigkeit, Übereinstimmung bei den Verfahren ihrer Identifikation zu erzielen. Einer von den USA bevorzugten eingeschränkten Verfahrensweise stehe die Auffassung jener Bündnispartner entgegen, die aus Gründen von Handelsvorteilen eine weniger begrenzte Verfahrensweise bevorzugten. Unnötige aus parallel laufenden Forschungsvorhaben entstehende Kosten sowie das Erschweren von „joint ventures“ seien zu vermeiden. Nutze man die technologischen Ressourcen nicht gemeinsam, könne dies der Allianz mehr schaden als der Warschauer Pakt. Aus diesem Grunde habe sich der Unterausschuß für den Abbau von Hemmnissen innerhalb der Allianz zusammen mit durchsetzbaren Beschränkungen nach außen hin ausgesprochen.

Abg. Lello (Portugal) ging auf das Verhältnis von Außen- und Wirtschaftspolitik ein und erwähnte die daraus resultierenden Folgen für die Sicherheits- und Sozialprobleme. Es sei unrealistisch, höhere militärische Ausgaben zu verlangen, wenn Länder wie Portugal den sozialen Fragen und der inneren Entwicklung den Vorzug einräumen müßten. Zusammenarbeit und Solidarität in Wirtschafts- wie in Verteidigungsangelegenheiten sei die angemessene Lösung. Besonders hilfreich seien auf die Verringerung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in den Ländern der Allianz gerichtete Maßnahmen. Diese sollten auch eine gemeinsame europäische Verteidigungsinitiative einbeziehen.

Abg. Voigt (Bundesrepublik Deutschland) wies darauf hin, daß im Entschließungsantrag das Wort SDI nicht vorkomme und damit offensichtlich sei, daß die Versammlung das SDI-Konzept nicht begrüßen wolle. Nicht nur aus technologiepolitischen Gründen sei das Programm abzulehnen, sondern es sei auch aus abrüstungspolitischen Gründen zu kritisieren. Aus wirtschaftspolitischer Sicht verdiene die Unterstützung ziviler Programme, auch der Weltraumforschung, wie dies auch von französischer Seite vorgeschlagen worden sei, Vorrang. Europa sollte den zweiten Pfeiler der Allianz verwirklichen

und sich gleichzeitig unabhängig von amerikanischer Technologie machen. Aus militärstrategischen Gesichtspunkten sei SDI abzulehnen; das Konzept wirke destabilisierend. Es sei ein Irrtum, wenn angenommen werde, daß die nukleare Abschreckung durch SDI ersetzt werden könne. Durch neue Waffentechnologien könne man nicht Frieden bzw. eine neue Friedensordnung ersetzen. Bei den Abrüstungsgesprächen in Genf sollte Einigung darüber erzielt werden, SDI nicht einzuführen. Ein Moratorium der Forschung sei nicht verifizierbar, ein Moratorium von Tests und ihrer Einführung dagegen wäre zu verifizieren und sollte frühzeitig vereinbart werden. Wer vom europäischen Pfeiler in der NATO und von europäischer Identität spreche, müsse entsprechend handeln. Bevor auf das amerikanische Angebot reagiert werde, müsse eine gemeinsame europäische Haltung entwickelt werden. Das könne nicht in nationalen Alleingängen geschehen.

Entschließung 159

betr. die wirtschaftliche Interdependenz und die Bndnissicherheit

Die Versammlung,

begrüßt die Tatsache, daß sich die Wirtschaftslage in den Bndnislndern in den vergangenen Jahren verbessert hat;

ist sich bewußt, daß weitere Fortschritte erforderlich sind, um in allen Bndnislndern ein anhaltendes nicht-inflationres Wachstum zu fördern und eine höhere Beschäftigungsrate zu erzielen;

ist beunruhigt über die anhaltend hohen Arbeitslosenraten in vielen Mitgliedsländern des Bündnisses;

ist besorgt über das Ausmaß der öffentlichen Ausgaben und der Haushaltsdefizite in einigen Ländern und die Hindernisse für das Wirtschaftswachstum in anderen Ländern;

ist besorgt über die Ausbreitung von Handelshemmnissen und die Zunahme protektionistischer Tendenzen in zahlreichen Ländern;

unterstützt die Bemühungen und politischen Initiativen zur Förderung der Koordinierung zwischen den europäischen Ländern, die als wirksamste Möglichkeit betrachtet wird, um wirtschaftlichen Fortschritt zu erzielen und damit das Bündnis insgesamt zu stärken;

unterstreicht, daß die Wirtschaftslage in den weniger wohlhabenden Mitgliedstaaten des Bündnisses besondere Aufmerksamkeit erfordert;

ist sich bewußt, daß das Wirtschaftswachstum der Länder des pazifischen Raums sowie die Dynamik ihrer Industrie und ihres Handels für einige Bündnisländer zunehmend an Einfluß und Bedeutung gewinnen;

unterstützt die Bemühungen und politischen Initiativen des Bündnisses zur Stärkung der europi-

schen und transatlantischen Wirtschafts- und Verteidigungszusammenarbeit, insbesondere die verbesserte Kooperation in der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe (IEPG), und *nimmt* den Wunsch der Vereinigten Staaten *zur Kenntnis*, eine bndnisweite Beteiligung an der militärischen Forschung und Beschaffung zu fördern;

stellt jedoch fest, daß Meinungsverschiedenheiten über die politisch-militärische Strategie und vor allem über den Technologietransfer die transatlantische Zusammenarbeit in der Vergangenheit gestört haben;

ist besorgt über die Bemühungen des Ostblocks, sich mit legalen oder illegalen Methoden militärisch verwendbare, westliche Technologie zu beschaffen, und

bedauert die trotz positiver Entwicklungen im Rahmen des COCOM anhaltenden Meinungsverschiedenheiten unter den Bündnispartnern über Maßnahmen zur Beschränkung des Technologietransfers;

fordert die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf*:

1. ihre Wirtschaftspolitiken auf europäischer und transatlantischer Ebene besser zu koordinieren;
2. den Einfluß der Pazifiklnder auf die Bündnisländer und die NATO als solche in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Finanzen stärker zu berücksichtigen;
3. den freien multilateralen Handel auszubauen und schnellstmöglich auf einen geregelten Abbau der bestehenden Handelsrestriktionen und Subventionen hinzuarbeiten;
4. Bedingungen für ein anhaltendes nicht-inflationres Wachstum herbeizuführen und neue Arbeitsplätze zu schaffen;
5. Haushaltsdefizite abzubauen, die Fiskalpolitik zu straffen und geeignete Whrungspolitiken zu entwickeln, damit eine Zinssenkung erzielt wird;
6. die Funktionsfähigkeit des internationalen Währungssystems zu verbessern;
7. Anstrengungen zur Einführung gemeinsamer Politiken hinsichtlich des Handels mit Spitzentechnologie mit dem Ostblock zu intensivieren, damit der Handel mit diesen Gütern unter den Bndnislndern ungehindert stattfinden kann;
8. Strategien zur Verbesserung der transatlantischen und europäischen Koordinierung der wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen des Bündnisses zu erarbeiten, damit eine gerechtere Verteilung von Lasten und Vorteilen gewährleistet wird.

Am Freitag, den 17. Mai 1985, führte eine Exkursion des Militrausschusses zum Truppenübungsplatz Baumholder/Rheinland-Pfalz. Die 58 Teilnehmer beobachteten ein Gefechtsschieen und Manöver mit Leopard II-Einheiten der Panzerbrigade 36.

Am Freitag, 17. Mai 1985, bat der Landtagspräsident von Baden-Württemberg, Herr Erich Schneider, MdL, die Teilnehmer der Nordatlantischen Versammlung zu einem Empfang im Landtag von Baden-Württemberg.

Der Präsident des Deutschen Bundestages und der Präsident des Bundesrates hatten zu einem Empfang für die Delegierten am Sonnabend, 18. Mai 1985, im Neuen Schloß in Stuttgart eingeladen. Während dieses Empfangs hielt Bundestagspräsident Dr. Philipp Jenninger folgende Ansprache:

Nach Konferenzen der Nordatlantischen Versammlung in Bonn und München habe man diesmal Stuttgart als Tagungsort gewählt, um den Gästen Gelegenheit zu geben, ein weiteres, in dynamischer und vorausschauender Entwicklung befindliches Zentrum des geistigen, wirtschaftlichen und politischen Lebens der Bundesrepublik Deutschland kennenzulernen. Er hoffe, die Parlamentarier würden sich zu Hause fühlen in einem Land, dessen Freiheit gegenüber äußerer Bedrohung dank der Solidarität der Mitgliedsländer des Nordatlantischen Bündnisses garantiert werde. Vor mehr als dreißig Jahren habe sich die Bundesrepublik Deutschland für die Freiheit und für das Bündnis freier Völker entschieden. Bewußt habe sie der Freiheit den Vorrang vor der Einheit gegeben, ohne damit auf den Gedanken staatlicher Einheit im Sinne der Präambel des Grundgesetzes zu verzichten. Die Entscheidung für die Freiheit sei erleichtert worden durch die Entschlossenheit, mit der in dramatischen Stunden die Freiheit Berlins durch die späteren Bündnispartner bewahrt worden sei. Für diese und andere Erfahrungen der Solidarität danke die Bundesrepublik ihren Verbündeten. Die große Mehrheit der Bürger des Landes sei von der Notwendigkeit des Nordatlantischen Bündnisses überzeugt. Die Entwicklung innerhalb der neutralistischen Gruppen und der sogenannten Friedensbewegung vermittele sogar den Eindruck, daß deren Aktivität die gründliche Auseinandersetzung der Bürger mit sicherheitspolitischen Fragen gefördert habe. Als Ergebnis dieser Auseinandersetzungen sei das Verständnis für die Notwendigkeit wirksamer Verteidigungsmaßnahmen und entsprechender Entscheidungen des Bündnisses gewachsen. Die öffentliche Diskussion dieser lebenswichtigen Fragen sei das Kennzeichen einer funktionierenden Demokratie.

Gegenwärtig könne der wachsenden atomaren Bedrohung nur mit ebensolchen Mitteln begegnet werden, auch wenn deren Existenz auf Dauer nicht zu wünschen sei. Schon das bloße Vorhandensein atomarer Sprengköpfe schaffe Unruhe. Trotz aller Abrüstungsappelle und -verhandlungen erhöhe die UdSSR ständig die Zahl der uns bedrohenden Atomsprengköpfe mit der Absicht der Einschüchterung und der Untergrabung der Solidarität des Bündnisses. Demgegenüber stehe das Nordatlanti-

sche Bündnis fest zu seinen Grundsätzen der individuellen Freiheit, der Herrschaft des Rechtes und der Menschenwürde.

Viele Menschen in unseren Staaten stellten heute die Frage, ob die gegenseitige Bedrohung mehrfach garantierter totaler Vernichtung die letzte sicherheitspolitische Erkenntnis unserer Zivilisation sein dürfe und es wachse das Interesse an der Strategie des Bündnisses und an künftigen Möglichkeiten der gemeinsamen Verteidigung. Nicht erst seit dem amerikanischen Projekt einer Strategischen Verteidigungsinitiative stehe die Frage im Raum: wie können wir den Frieden in Freiheit sicherer machen? Die Entwicklung einer stärker auf defensive Elemente abgestützten Strategie, die eine weitgehende Abrüstung nuklearer Waffen zuließe, stehe hier im Vordergrund. Die Bundesregierung habe in ihren Erklärungen zur Strategischen Verteidigungsinitiative stets die Bedeutung der rüstungskontrollpolitischen Dimension unterstrichen.

Schon heute sei ersichtlich, daß die Bemühungen, den Frieden in Freiheit zu sichern, umfangreiche Finanzmittel in zukunftsweisende Bahnen der Forschung lenken und in ihren Ergebnissen über den Verteidigungsbereich hinaus auch in der zivilen Anwendung von weitreichender wirtschaftlicher Bedeutung sein würden.

Das Bündnis müsse dafür Sorge tragen, daß sich Europa und Nordamerika auf wirtschaftlichem Gebiet nicht ungleich entwickelten. Europa dürfe gegenüber Nordamerika nicht zweitklassig werden.

Gemeinsame Sicherheit, wie sie in den Bündnisverpflichtungen zum Ausdruck komme, bedinge auch einen vergleichbaren Stand in der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung der USA und Europas.

Die Arbeit der Nordatlantischen Versammlung schärfe das Bewußtsein der Öffentlichkeit für die Tatsache, daß der NATO-Vertrag seine Mitglieder nicht nur in der gemeinsamen Abwehr militärischer Bedrohungen verbinde. Mit den Nordatlantikrat führe sie einen ständigen Dialog über die Gesamtheit der Vertragsbeziehungen. Dies sei zu einem wichtigen Element im politischen Leben der Bündnispartner geworden. Gegner des Bündnisses und der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie versuchten deshalb mit terroristischer Gewalt diese Arbeit zu verhindern, die sie als eine Quelle der Kraft für das Bündnis erkannt hätten.

Um so mehr wünsche er selbst der Arbeit der Versammlung weiterhin guten Erfolg.

Am Sonntag, 19. Mai 1985, fand auf Einladung der Landesregierung von Baden-Württemberg eine Exkursion an den Bodensee und auf die Insel Mainau statt.

Die Herbstkonferenz der Nordatlantischen Versammlung wird vom 10. bis 15. Oktober 1985 in San Francisco stattfinden.

Prof. Dr. Manfred Abelein

Delegationsleiter

Alfons Pawelczyk

Stellvertretender Delegationsleiter